

Die Baulücke



Immobilien. In Deutschland wird seit Jahren zu wenig gebaut. Die Folge: Die Mieten steigen. Vor allem in Großstädten und deren Umland ist das Wohnen zuletzt nochmals teurer geworden – wie der aktuelle IW-Wohnindex belegt. Welche Stellen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf Besserung hoffen lassen und warum das Festhalten an der Mietpreisbremse ein Fehler ist, erklären die IW-Immobilienexperten Michael Voigtländer und Pekka Sagner im iwd-Interview. —→ [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturprognose

Die Lage der deutschen Wirtschaft bleibt angespannt – das reale Bruttoinlandsprodukt wird 2025 voraussichtlich erneut leicht schrumpfen.

—→ [Seiten 6-7](#)

Verteidigung

Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage muss Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit stärken. Dabei geht es nicht nur um mehr Geld.

—→ [Seiten 14-15](#)

Problemzone Stadt

Immobilien. Die Mieten in Deutschland sind zu Beginn des Jahres erneut gestiegen. Vor allem in Ballungszentren ist Wohnraum ein begehrtes Gut. Die Kaufpreise ziehen nach einem Abschwung in den vergangenen zwei Jahren ebenfalls wieder an, besonders gefragt sind Immobilien im Umland großer Städte.

Überschaubares Angebot, viel Konkurrenz und hohe Kosten – wer nach einer Mietwohnung sucht, braucht in der Regel starke Nerven und Durchhaltevermögen. Die Lage auf dem Mietmarkt ist zu Beginn des Jahres weiterhin angespannt.

Im Vergleich zum vierten Quartal 2024 stiegen die Mieten in Deutschland in den ersten drei Monaten 2025 um 1,2 Prozent.

Das höchste Plus gab es mit 1,5 Prozent im Umland der sieben größten Städte und auch in den Metropolen selbst gingen die Mieten um 1,1 Prozent nach oben. An der Spitze steht die baden-württembergische Landeshauptstadt (Grafik):

Mit 2,5 Prozent stiegen die Mieten im ersten Quartal 2025 in Stuttgart am stärksten.

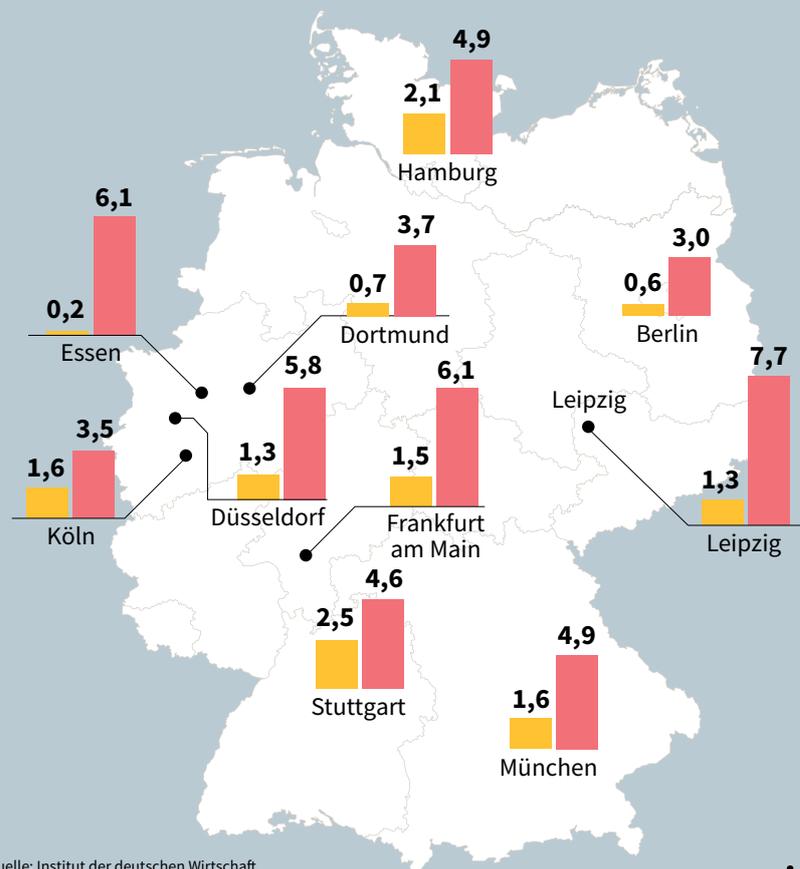
Im Vorjahresvergleich führt Leipzig das Ranking mit einem Aufschlag von 7,7 Prozent an. Bundesweit stiegen die Mieten binnen eines Jahres um 4,3 Prozent.

Die Daten unterstreichen die ungebrochen große Anziehungskraft der Ballungszentren. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten haben die Nachfrage nach Mietwohnungen bislang kaum gedämpft, sodass der

Großstädte: Mieten ziehen weiter an

Veränderung der Mietpreise in den zehn größten deutschen Städten im ersten Quartal 2025 in Prozent

- Veränderung gegenüber dem vierten Quartal 2024
- Veränderung gegenüber dem ersten Quartal 2024



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Mangel an Neubauten für eine dauerhaft angespannte Situation auf dem Mietwohnungsmarkt sorgt.

Etwas anders ist die Situation für Immobilienkäufer. In diesem Segment fielen die Preise von Mitte 2022 bis Anfang 2024. Ursächlich dafür waren unter anderem höhere Zinsen, die die Finanzierung für potenzielle Käufer teurer gemacht haben, sowie ein gestiegenes Angebot an Wohnungen und Häusern auf dem Markt.

Nun ist erstmals seit Längerem wieder ein leichter Preisanstieg zu erkennen (Grafik):

Die Kaufpreise für Eigentumswohnungen erhöhten sich im ersten Quartal 2025 gegenüber dem Vorquartal im Schnitt um 1,2 Prozent, Ein- und Zweifamilienhäuser kosteten sogar 2,3 Prozent mehr.

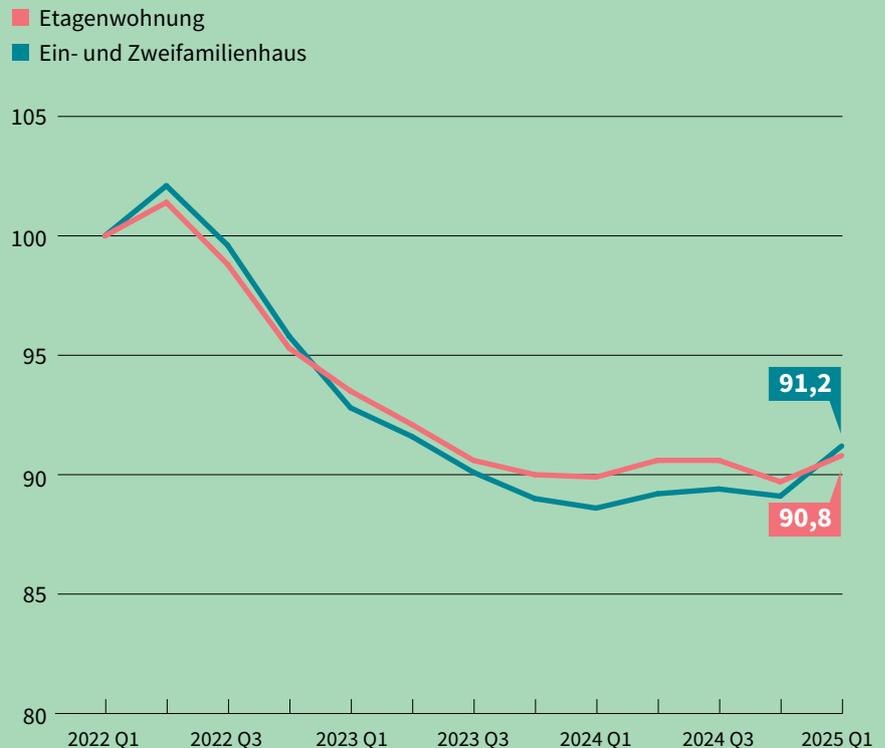
Im Fokus stehen erneut die Metropolen, im Umland der sieben größten deutschen Städte sind die Kaufpreise für Häuser zu Jahresbeginn um 2,5 Prozent gestiegen. Etagenwohnungen verteuerten sich vor allem in den deutschen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern – das Plus betrug hier 2 Prozent. Im Jahresvergleich stechen Essen (plus 6,3 Prozent) und Leipzig (plus 5,8 Prozent) hervor.

Insgesamt zeigen die IW-Daten, dass sich der Immobilienmarkt trotz regionaler Unterschiede zuletzt stabilisiert hat. Langfristig sollte der Markt auf einen moderaten Wachstumspfad zurückkehren. Für zielgenaue Prognosen ist die generelle Lage aber derzeit zu diffus, denn der deutsche Wohnungsmarkt steht vor bedeutenden Veränderungen. Verschiedene nationale und internationale politische Entscheidungen werden sich in den kommenden Jahren massiv auf ihn auswirken:

Sondervermögen. Der Bundestag hat 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Wohnungsbau

Kaufpreise: Trendwende eingeleitet

in Deutschland, erstes Quartal 2022 = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

freigegeben. Ein Ziel ist es, damit dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken und so Druck vom Markt zu nehmen. In den kommenden drei Jahren ist eher mit indirekten Effekten zu rechnen – positiv wie negativ. So hat allein die Ankündigung des kreditfinanzierten Sondervermögens die Kapitalmarktzinsen angehoben und so die Immobilienfinanzierung verteuert.

Wohnungsbau-Turbo. Der Koalitionsvertrag der neuen Regierung sieht umfassende Reformen im Bausektor vor. Geplant sind unter anderem schnellere Genehmigungsverfahren und die Förderung von seriellem Bauen, die sich positiv auf das Wohnangebot auswirken sollen. Aber ebenso soll die Mietpreisklemme vorerst bestehen bleiben, was

wiederum investitionshemmend wirken kann.

US-Handelspolitik. Der von US-Präsident Donald Trump praktizierte Protektionismus hat für den deutschen Wohnungsmarkt über mehrere Kanäle relevante ökonomische Folgen. So können sich durch die internationalen Handelskonflikte Baumaterialien verteuern und Lieferketten gestört werden. Ebenso steigt das Inflationsrisiko, was höhere Zinsen und damit höhere Finanzierungskosten für Immobilienkäufer nach sich ziehen kann.

IW-Report 20/2025

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:
IW-Wohnindex

Interview. Der Wohnungsmangel ist seit Jahren ein großes Problem in Deutschland. Im iwd-Interview erklären die IW-Immobilienexperten **Michael Voigtländer** und **Pekka Sagner**, welche Maßnahmen im Koalitionsvertrag ihnen Hoffnung auf Besserung machen, weswegen der Fortbestand der Mietpreisbremse kritisch ist und warum Deutschland Investoren aus dem Ausland braucht.

„Das Infrastrukturpaket macht Hoffnung“

Traum- oder Albtraumjob – was hat Verena Hubertz als neue Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bekommen?

Voigtländer: Es ist immer eine Ehre, Bundesministerin oder Bundesminister zu sein. Sie hat aber das Problem, dass sie erst einmal schlechte Nachrichten verkünden muss, denn die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sinkt auch in diesem Jahr. Das ist eine gewisse Bürde, aber ich hoffe, dass sie schnell das Ruder herumreißt.

Sagner: Sie hat vielleicht die Chance, den Aufschwung des Immobilienmarktes zu begleiten. In diesem Jahr schätzen wir, dass 230.000 Wohnungen fertiggestellt werden – deutlich mehr als 300.000 bräuchten wir. Aber es besteht die Hoffnung, dass die Talsohle zumindest bei den Baugenehmigungen bald erreicht ist. Es muss in Deutschland schlicht mehr gebaut werden.

Seit Jahren verspricht die jeweilige Regierung mehr Wohnungsbau, das Gegenteil passiert. Was stimmt Sie optimistisch, dass es dieses Mal klappt?

Voigtländer: Mein Eindruck ist schon, dass die Politik ein stärkeres Problembewusstsein hat und das Thema anpacken möchte. Sie stellt auch Themen infrage, die man in der Vergangenheit noch nicht anfassen wollte. Zum Beispiel, wenn es um das Abweichen von Standards oder das schnellere und einfachere Ausweisen von Bauland geht. Es geht daher in die richtige Richtung. Trotzdem sind die Herausforderungen groß, weil die Baukosten hoch sind und die Zinsen nicht wirklich stark nachgeben.

Im Koalitionsvertrag ist vom Wohnungsbau-Turbo die Rede. Was kann man sich darunter vorstellen?

Voigtländer: Es geht vor allem um das Ausweisen von Bauland. Wenn eine Kommune Bauland schaffen möchte, muss sie sich mit sehr vielen Einwänden auseinandersetzen, zum Beispiel, ob die Fläche nicht ein Parkplatz

sein müsste oder wie es mit dem Verkehrslärm aussieht. In Köln sind das bei einem typischen Bebauungsplan rund 1.000 Einwände, die es sorgsam abzuarbeiten gilt. Der Wohnungsbauturbo soll es ermöglichen, Bauland prioritär auszuweisen, sodass Einwände nicht erlaubt sind. Diese Ausnahmeregelung stammt aus der Zeit der Flüchtlingskrise von 2015, als man schnell viel Wohnraum auf einmal brauchte. Der Turbo ist aber kein Automatismus, eine Kommune muss schon den Willen haben, das unbürokratisch umzusetzen.

Sagner: Was mir beim Koalitionsvertrag Hoffnung macht, ist die Tatsache, dass wichtige Strukturreformen angegangen werden. Kurzfristig werden sie zwar nicht die notwendige Entlastung bringen, sie sind aber seit Jahren überfällig und werden dafür sorgen, dass sich effizienter und kostengünstiger bauen lässt.

Und welche Vorhaben der neuen Bundesregierung sehen Sie kritisch?

Voigtländer: Unter den Mietpreisregulierungen ist sicherlich das eine oder andere, was die guten Ansätze konterkarieren kann. So sollen etwa die Indexmieten gekappt werden. Diese Regelung ist aber gerade für Neubauinvestoren sehr wichtig, denn sie besagt, dass die Mieten mit der Inflation steigen. Wenn die Indexmieten nicht mehr möglich sind, bedeutet das für Investoren, dass sie die Mietsteigerung nicht in dem Maße bekommen und so die Realwertsicherung nicht gegeben ist.

Sagner: Die Verlängerung der Mietpreisbremse ist ebenfalls kritisch. Dieses Instrument wurde 2015 eingeführt, um kurzfristig den Markt zu entlasten, bis die Bautätigkeit steigt. Aus ökonomischer Sicht belegen Studien, dass eine Mietpreisbremse die Investitionen hemmt, vor allem langfristig. Und wir haben sie bereits seit zehn Jahren. Man erreicht leider das Gegenteil des erhofften Ziels und verstärkt den Druck auf den Markt.



Fotos: IW Medien/IW

Ein wichtiger Aspekt für den Wohnungsmarkt ist die Sanierung bestehender Gebäude. Welche Maßnahmen sind für die Bestandssicherung angedacht?

Voigtländer: Für mich ist das der beste Teil im Koalitionsvertrag, weil sich die Rahmenbedingungen für die energetische Sanierung verbessern. Man setzt den Fokus auf Emissionseffizienz statt auf Energieeffizienz. Bisher stehen die Kosten, je höher die Energieklasse wird, in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Um Klimaneutralität zu erreichen, kommt es aber vor allem darauf an, erneuerbare Energien einzusetzen. Und dafür brauche ich kein Haus mit Energieklasse A, da reicht ein niedrigerer Standard. Da nun der CO₂-Ausstoß in den Blick genommen wird statt des Energieverbrauchs, ergeben sich deutlich mehr Möglichkeiten für pragmatischere Sanierungen.

Auch externe Effekte wie Handelskonflikte wirken sich auf den Wohnungsmarkt aus. Gibt es überhaupt eine Möglichkeit, dem etwas entgegenzusetzen?

Voigtländer: Letztlich beeinflussen Dinge wie geopolitische Konflikte oder auch Maßnahmen wie das Schuldenpaket der Bundesregierung den Zins. Diesen Faktor können wir nicht steuern, sondern nur mit ihm umgehen. Die Konsequenz ist aktuell, dass wir nicht von deutlich sinkenden Zinsen in der nächsten Zeit ausgehen können. Investoren haben daher nicht unbedingt das Gefühl, noch abwarten zu müssen. Das ist grundsätzlich gut für den Immobilienmarkt, weil die Transaktionen tendenziell zunehmen sollten.

Sagner: Für die privaten Haushalte ist die Kalkulation aktuell dagegen alles andere als einfach. Da spielt die Außenpolitik von Trump und die Frage, wo es mit unserer Wirtschaft hingeht, sicherlich eine Rolle. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt derzeit schwierig ist.

Was Hoffnung macht, ist das Infrastrukturpaket der Regierung. Es ist für viele Wirtschaftsbereiche und Regionen in Deutschland ein Segen. Bessere ÖPNV-Anbindungen ins Umland, eine schnelle Internetverbindung – diese Dinge können den Wert von bestehenden Wohngebieten stabilisieren oder steigern. Und sie machen Neubauten attraktiver, wenn die Infrastruktur schon an Ort und Stelle steht.

In unsicheren Zeiten sind deutsche Immobilien auch aus dem Ausland sehr gefragt. Sollte man diese Kaufmöglichkeiten einschränken, um die Marktsituation für die Bundesbürger zu verbessern?

Sagner: Das können wir beide klar mit Nein beantworten. Zum einen ist der Anteil internationaler Investoren am deutschen Immobilienmarkt gar nicht so groß. Selbst im Luxusimmobiliensegment in München sprechen wir von weniger als 10 Prozent. Zum anderen brauchen wir dieses große Kapital internationaler Investoren. Nur mit dem Geld privater Kleinanleger ist der nötige Wohnungsbau nicht zu bewerkstelligen.

Diese Investoren sind keine Heuschrecken, die mancher vielleicht vor Augen hat, sondern meist große Immobilienfonds, die langfristig denken. Deutschland ist für sie interessant, weil die Wachstumsaussichten gut sind. Berlin ist das beste Beispiel: Das prognostizierte Bevölkerungswachstum dort macht eine Investition attraktiv, weil die langfristige Vermietbarkeit gegeben ist.

Voigtländer: Vor der Baukrise gab es viele Diskussionen darüber, ob die ausländischen Investoren die Mietpreise hochtreiben. Als sie dann aber weitestgehend weg waren, fehlte es massiv an Investitionen im Neubau und in der Sanierung. Die Lehre ist: Wir können auf dieses Kapital nicht verzichten. Oftmals investieren sie auch in Mietwohnungen, die der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen.

In unsicheren Gefilden

IW-Konjunkturprognose. Die Lage der deutschen Wirtschaft bleibt schwierig und unsicher – nicht zuletzt aufgrund des erratischen Vorgehens der US-Regierung. Die ersten wirtschaftspolitischen Pläne der neuen Bundesregierung lassen zwar mittelfristig auf einen Aufschwung hoffen. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung allerdings wohl leicht schrumpfen.

Was schert mich mein Geschwätz von gestern – diesem Motto scheint US-Präsident Donald Trump zu folgen und hat damit das Unsicherheitslevel der Weltwirtschaft auf eine neue Stufe gehoben. Allein das Hin und Her in der Zollpolitik ist Gift für Investoren und Exporteure gleichermaßen – werden aus den Drohungen Trumps endgültig Fakten, würde die Wirtschaft in vielen Ländern deutlich geschwächt (siehe iwd 9/2025).

Die Signale aus der deutschen Politik sind da ermutigender: Die bereits beschlossenen Änderungen bei der Schuldenbremse und das Sondervermögen für Investitionen beispielsweise schaffen neue Gestaltungsspielräume – werden die Konjunktur allerdings wohl erst mittelfristig ankurbeln.

Dabei wäre ein baldiger Wachstumsschub dringend erforderlich. Denn seit der Coronapandemie hat die Wirtschaft in Deutschland nicht mehr auf ihren langjährigen Wachstumspfad zurückgefunden. Stattdessen herrschte Stagnation (Grafik):

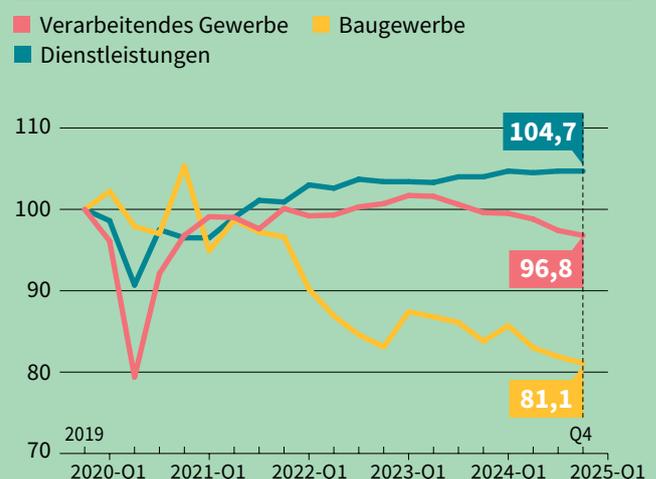
Im ersten Quartal 2025 lag die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in realer Rechnung lediglich um 0,5 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019.

In der Industrie zeigte der Trend vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Turbulenzen zuletzt sogar weiter abwärts. Im von Materialengpässen, Kostensteigerungen und verunsicherten Verbrauchern geplagten Baugewerbe unterschritt die Bruttowertschöpfung Ende 2024 das Niveau von 2019 sogar um fast 20 Prozent.

Auch im laufenden Jahr tut sich die deutsche Wirtschaft schwer, wie die aktuelle IW-Konjunkturprognose verdeutlicht (Grafik Seite 7):

Branchenkonjunktur: Überwiegend im Minus

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung in Deutschland, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Erstes Quartal 2025:
Wertschöpfungsdaten für die einzelnen Wirtschaftszweige liegen noch nicht vor
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Für 2025 geht das IW von einem erneuten Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 Prozent aus – damit würde sich die Rezession von 2024 fortsetzen.

Angesichts der sich ständig ändernden globalpolitischen Rahmenbedingungen kann jede Prognose derzeit nur eine Momentaufnahme sein. Dies vorausgeschickt, schätzen die IW-Forscher die konjunkturelle Entwicklung im Einzelnen wie folgt ein:

Außenhandel. Die geopolitischen Konflikte, die daraus resultierende Verunsicherung und der zunehmende Protektionismus belasten Weltwirtschaft und -handel – das bekommt die stark exportorientierte deutsche Industrie in besonderem Maße zu spüren. Hinzu kommt, dass die gestiegenen Energie-, Arbeits- und Regulierungskosten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft verringert haben. All diese Faktoren prägen auch die Entwicklung im laufenden Jahr:

Die realen deutschen Exporte werden 2025 voraussichtlich um 2 Prozent zurückgehen.

Da die Importe leicht zulegen, bremst der Außenhandel insgesamt die Konjunktur deutlich ab.

Investitionen. Die globalen politischen Verwerfungen haben die Investitionsneigung der Unternehmen hierzulande ebenso verringert wie die Verunsicherungen durch den unsteten Kurs der vorherigen Bundesregierung – etwa mit Blick auf den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Die neue schwarz-rote Koalition in Berlin hat zwar bereits, wie erwähnt, erste Weichen für mehr Investitionen gestellt. Doch das belebt die Ausrüstungsinvestitionen – also die Neuanschaffungen von Maschinen, Produktionsanlagen und Nutzfahrzeugen – in diesem Jahr erst in Ansätzen:

Die Ausrüstungsinvestitionen werden 2025 preisbereinigt um 1 Prozent zurückgehen – damit fällt das Minus immerhin deutlich kleiner aus als im vergangenen Jahr (5,5 Prozent).

Die Bauinvestitionen dürften im Jahr 2025 nochmals um 1,7 Prozent schrumpfen, das wäre aber ebenfalls ein flacherer Abwärtstrend als 2024. Hierbei spielt unter anderem der von der Bundesregierung angekündigte „Wohnungsbau-Turbo“ eine Rolle, der sich im zweiten Halbjahr positiv auswirken könnte. Im Nichtwohnungsbau ist mit 0,5 Prozent sogar das erste Investitionsplus seit 2020 drin – unter anderem, weil die Branche von großen Infrastrukturprojekten wie dem Ausbau des Bahnnetzes profitiert.

Privater Konsum. Die schwache Konjunktur trübt weiterhin die Kauflaune der Bundesbürger:

Der private Konsum in Deutschland legt 2025 real gerade mal um 0,5 Prozent zu.

IW-Prognose für Deutschland 2025

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts		
Erwerbstätige	0,2	-0,1
Arbeitslosenquote	6,0	6,3
Arbeitsvolumen	-0,1	-0,3
Produktivität	-0,1	0,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	-0,2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts		
Private Konsumausgaben	0,3	0,5
Konsumausgaben des Staates	3,5	1,5
Anlageinvestitionen	-2,7	-0,8
– Ausrüstungen	-5,5	-1,0
– Sonstige Anlagen	3,9	2,0
– Bauten	-3,3	-1,7
Inlandsnachfrage	0,3	0,9
Export	-1,1	-2,0
Import	0,2	0,5
Preisentwicklung		
Verbraucherpreise	2,2	2,0
Staatshaushalt		
Finanzierungssaldo	-2,8	-2,6

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd



Maßgeblich ist hierfür, dass die Inflation wegen der anhaltenden Verteuerung von Dienstleistungen nicht unter 2 Prozent sinken dürfte und die Einkommen weniger stark zulegen als in den Vorjahren. Dies wiederum ist auch auf die rückläufige Beschäftigung zurückzuführen:

Arbeitsmarkt. Das dritte Jahr ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum hinterlässt immer deutlichere Spuren am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2025 im Schnitt mit gut 46 Millionen um 0,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Zugleich steigt die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 2024 voraussichtlich um knapp 170.000 auf nahezu 3 Millionen. Mit 6,3 Prozent wäre die Arbeitslosenquote dann so hoch wie seit 2011 nicht mehr. Vor allem unter den 15- bis 24-Jährigen nimmt die Arbeitslosigkeit zu, weil die Unternehmen freigewordene Stellen häufiger nicht mehr mit Nachwuchskräften neu besetzen.

IW-Report 22/2025

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur: Konjunktur im Desorientierungsstress – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2025

Meisterhafte Frauen

Handwerk. Immer mehr Frauen in Deutschland arbeiten als Handwerksmeisterin. Vor allem im Gesundheitshandwerk und im Bauhandwerk hat die Zahl der Meisterinnen in den vergangenen Jahren zugelegt. Dennoch ist der Frauenanteil im Handwerk weiterhin gering. Das zu ändern, würde auch das Fachkräfteproblem der Branche mildern.

Von eher unbekanntem oder nur noch selten ausgeübten Berufen wie Seiler, Böttcher, Kürschner bis hin zu weit verbreiteten wie Maler, Bäcker oder Friseur – das Handwerk hat viel zu bieten. In 146 verschiedenen Berufen arbeiteten in Deutschland im Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2024 durchschnittlich knapp 2,6 Millionen Menschen. Ein Viertel von ihnen ist weiblich.

Dieser Anteil hat sich insgesamt in den vergangenen Jahren zwar nicht verändert, dafür aber die Zahl der Handwerksmeisterinnen:

Im Vergleich zum Jahr 2013 arbeiten heute gut 7.000 Frauen mehr als Handwerksmeisterin, damit stieg der Frauenanteil unter den Meistern von rund 13 auf gut 17 Prozent.

Besonders in den Berufen der Medizin-, Orthopädie- und Reha-technik ging die Zahl nach oben. Seit 2013 sind in diesem Bereich gut 3.500 Meisterinnen dazugekommen. Das ist ein Anstieg von knapp 84 Prozent.

Auch in männertypischen Handwerksberufen gab es eine positive Entwicklung: Im Hoch- und Tiefbau hat sich die Zahl der Meisterinnen mit einem Plus von 126 beziehungsweise 241 mehr als verdoppelt.

Unabhängig von der Qualifikation zeigt sich, dass Handwerkerinnen häufiger in Handwerksberufen mit Engpässen arbeiten als in solchen ohne (Grafik):

Die Zahl der beschäftigten Frauen in Handwerksberufen mit einem dauerhaften Fachkräfteengpass ist seit 2013 um gut 18 Prozent gestiegen. Dagegen ging sie in Handwerksberufen ohne Engpässe um fast 15 Prozent zurück.

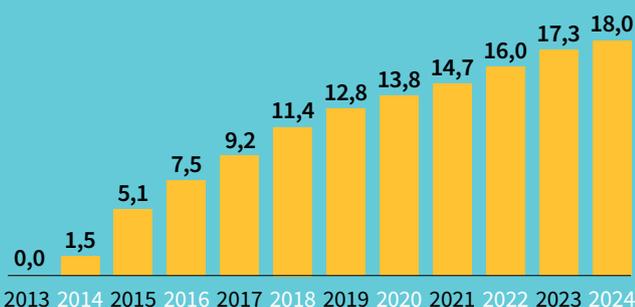
Schaut man auf die Gesellinnen in den einzelnen Engpassberufen, hat sich ihre Zahl seit 2013 vor allem in der Kraftfahrzeugtechnik, Fleischverarbeitung, Gebäudereinigung sowie der Augenoptik und Hörakustik erhöht.

Auch in vom Fachkräftemangel stark betroffenen und für die Energiewende wichtigen Bauberufen wie Bauelek-

Mehr Handwerkerinnen in Engpassberufen

Um so viel Prozent hat sich die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Handwerkerinnen seit 2013 ... verändert

... in Handwerksberufen mit permanentem Engpass



... in Handwerksberufen mit zeitweisem Engpass



2024: Juli 2023 bis Juni 2024; Engpassberuf: Es gibt mehr offene Stellen als Arbeitslose, die eine entsprechende Stelle suchen; permanent: durchgehend in allen Jahren seit 2013; zeitweise: in dem einen oder anderen Jahr seit 2013

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Handwerk: Es fehlen qualifizierte Fachkräfte

Differenz zwischen offenen Stellen und entsprechend qualifizierten Arbeitslosen in den Handwerksberufen in Deutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2025 IW Medien / iwd



triker, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker sowie Dachdecker stieg der Frauenanteil leicht.

Dagegen gab es einen starken Rückgang von weiblichen Beschäftigten im Friseurgewerbe. Hier waren zwischen Juli 2023 und Juni 2024 gut 25.000 Frauen weniger tätig als noch 2013. Gleiches gilt für den Lebensmittelverkauf an der Fleischtheke oder in der Bäckerei, wo deutlich weniger Frauen arbeiten als früher. Dennoch gehören das Friseurhandwerk und die Verkaufsberufe nach wie vor zu den Handwerksberufen mit dem höchsten Frauenanteil.

Allgemein muss es das Ziel sein, mehr Frauen vom Handwerk zu überzeugen, denn der Branche fehlt es massiv an Personal (Grafik):

Im Jahr 2024 konnte etwa die Hälfte aller offenen Stellen in Handwerksberufen rechnerisch nicht besetzt werden, da bundesweit fast 108.000 passend qualifizierte Fachkräfte fehlten.

Benötigt werden knapp 90.000 Gesellen, 8.700 Meister und rund 9.500 weitere Fortbildungsabsolventen wie etwa solche, die einen Master Professional haben.

Bezogen auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt, entfällt damit rund ein Fünftel der gesamten Fachkräfte-lücke auf das Handwerk.

Um mehr Frauen für einen Job im Handwerk zu gewinnen, wäre es wichtig, bereits in der Berufsorientierung und -beratung junge Frauen für eine duale Ausbildung im Handwerk zu begeistern. Dazu müssen Geschlechterklischees abgebaut und weibliche Vorbilder sichtbar gemacht werden. Unternehmen sollten etwa den jährlichen Girls'Day stärker nutzen, um jungen Frauen Einblicke zu bieten – besonders in eher männer-typische Handwerksberufe.

Darüber hinaus muss der Staat die jetzt schon im Beruf stehenden Handwerkerinnen während der Schwanger- und Mutterschaft stärker unterstützen. Das könnte dazu führen, dass mehr Frauen einen Handwerksbetrieb gründen oder übernehmen.

... in Handwerksberufen ohne Engpass



KOFA-Kompakt 3/2025

Lydia Malin, Helen Hickmann: Fachkräftemangel in Handwerksberufen – Frauen sind ein wichtiger Teil der Lösung

Job? Läuft bei mir!

Arbeitsmotivation. Die Beschäftigten in Deutschland sind mit ihrem Job nach wie vor meist zufrieden, viele können sich für ihre Arbeit regelrecht begeistern. Entsprechend ist auch die Fluktuationsrate schon seit Jahren nahezu unverändert – viele Arbeitnehmer halten ihrem Betrieb über eine lange Zeit die Treue.

78 Prozent der Beschäftigten in Deutschland machen nur Dienst nach Vorschrift und 13 Prozent haben bereits innerlich gekündigt – mit diesem erschreckenden Befund machte das bekannte Beratungsunternehmen Gallup vor einiger Zeit Schlagzeilen. Doch sind die Arbeitnehmer in Deutschland wirklich so lustlos und gefrustet?

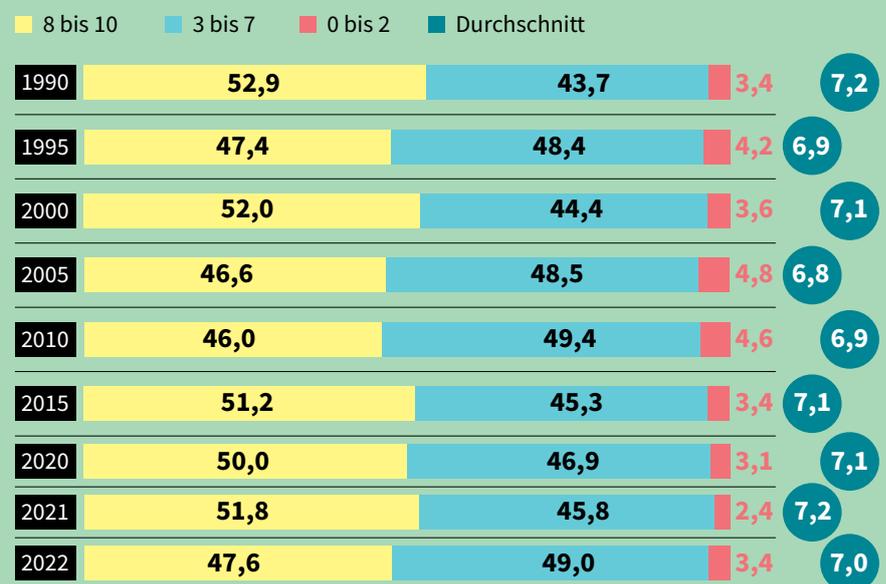
Schon ein näherer Blick auf die Gallup-Studie lässt Zweifel an dem scheinbar eindeutigen Befund aufkommen. Beispielsweise misst die Untersuchung das Engagement eines Mitarbeiters unter anderem daran, ob er im Kollegenkreis einen guten Freund hat.

Das IW hat nun selbst einige Indikatoren analysiert, die zeigen, wie es um die Einstellung der Beschäftigten zu ihrem Job tatsächlich bestellt ist. Die Ergebnisse bestätigen die Aussagen von Gallup nicht – im Gegenteil:

Arbeitszufriedenheit. Die große Haushaltsbefragung des Sozio-oekonomischen Panels lässt kaum Zweifel daran aufkommen, dass die meisten Menschen in Deutschland ihren Job gern ausüben – die Zahlen sind seit Jahren nahezu konstant (Grafik):

Arbeitszufriedenheit in Deutschland konstant hoch

So viel Prozent der abhängig Beschäftigten stuften ihre Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) wie folgt ein



Abhängig Beschäftigte: einschließlich Auszubildende, ohne Praktikanten, Zivildienstleistende und Werkstudenten
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Schon seit Anfang der 1990er Jahre verorten die Beschäftigten ihre Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von null bis zehn stets bei rund sieben Punkten.

Auch den jüngsten Daten für das Jahr 2022 zufolge sagt fast die Hälfte

der Befragten, sie seien mit ihrer Arbeit sehr oder sogar ganz und gar zufrieden – sie vergeben acht bis zehn von zehn möglichen Punkten. Gerade einmal etwas mehr als 3 Prozent sind (völlig) unzufrieden mit ihrem Job.

Engagement. Das Gros der Beschäftigten in Deutschland lehnt sich zudem nicht einfach zurück und gibt sich mit der aufgetragenen Arbeit zufrieden. Vielmehr zeigt die IW-Beschäftigtenbefragung von 2024 ein hohes Maß an aktivem Engagement für den eigenen Betrieb:

Im Mittel erreichen die Beschäftigten beim Engagement-Index, der eine Skala von 0 bis zu bestmöglichen 24 Punkten aufweist, 16 Punkte.

Rund 2.000 der insgesamt 5.060 Befragten kommen auf mehr als 16 Engagement-Punkte, 30 Beschäftigte erzielen sogar den Maximalwert von 24 – sie geben unter anderem an, sich immer für die Arbeit zu begeistern und nie an deren Wichtigkeit zu zweifeln.

Die Selbsteinschätzung aller Befragten zu den insgesamt sechs vorgelegten Arbeitsmerkmalen unterstreicht, wie engagiert die meisten Arbeitnehmer ihren Job erledigen (Grafik):

Fast 90 Prozent der Beschäftigten sind davon überzeugt, immer oder meistens gute Arbeit zu leisten.

Knapp 57 Prozent geben zudem an, (fast) immer von ihrem Job begeistert zu sein. Und gut 53 Prozent fühlen sich in aller Regel bei der Arbeit voller Energie.

Fluktuation. Analysiert man die Ergebnisse der IW-Beschäftigtenbefragung näher, zeigt sich auch: Überdurchschnittlich engagierte Mitarbeiter stufen die Wahrscheinlichkeit als relativ gering ein, in den kommenden beiden Jahren die Stelle zu wechseln.

Dazu passt, dass der sogenannte Fluktuationskoeffizient in Deutschland seit Jahren nur leicht um den Wert von 30 schwankt – vereinfacht lässt sich also sagen, dass in jedem Jahr auf knapp jedem dritten Arbeitsplatz ein Personalwechsel

stattfindet. Dabei wäre ein Anstieg der Fluktuation plausibel – schließlich hat die hohe Arbeitskräftenachfrage in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass viele Menschen mehr Optionen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Besonders gering ist die Fluktuation im Übrigen nicht nur in der öffentlichen Verwaltung mit einem Fluktuationskoeffizienten von knapp 14, sondern auch in vielen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wie beispielsweise der Metall- und Elektro-Industrie (16).

Betriebszugehörigkeit. Die starke Verbundenheit, die viele Mitarbeiter gegenüber ihrem Unternehmen empfinden, spiegelt sich auch in der Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses:

Im Jahr 2022 waren die Beschäftigten in Deutschland im Schnitt bereits seit rund elf Jahren in ihrem aktuellen Betrieb tätig – seit 2012 hat sich die mittlere Betriebszugehörigkeitsdauer nur um 0,4 Jahre verringert.

Bei den über 50-Jährigen betrug die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 2022 sogar immer noch 17 Jahre.

Allerdings wirkt sich die andauernde Krise der deutschen Wirtschaft zunehmend auf den Arbeitsmarkt aus (siehe Seiten 6–7) – und eine geringere Beschäftigungssicherheit könnte die Arbeitszufriedenheit negativ beeinflussen. Umso wichtiger ist es, dass Unternehmen bei notwendigen Veränderungen ihre Mitarbeiter einbinden. Ein betriebliches Leistungsmanagement, das gute Arbeit und Motivation belohnt, ist dabei ein wichtiger Baustein.

IW-Report 19/2025

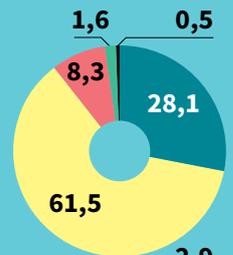
Andrea Hammermann: Alle unmotiviert? Arbeitsmotivation und Arbeitgeberbindung in Deutschland

Viel Begeisterung für den Job

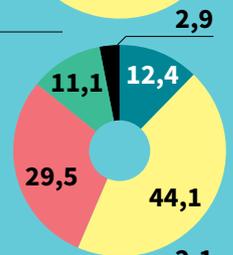
So viel Prozent der Beschäftigten stimmten den folgenden Aussagen in diesem Maße zu



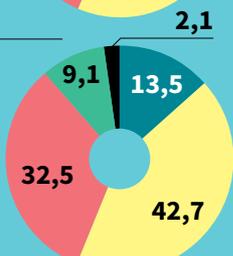
Ich finde, dass ich gute Arbeit leiste



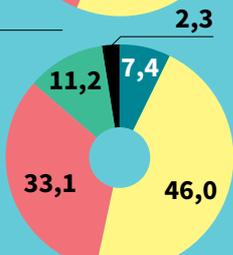
Meine Arbeit begeistert mich



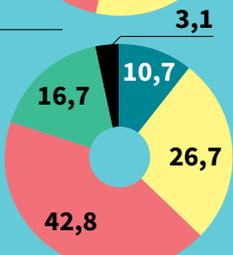
Bei der Arbeit vergeht die Zeit wie im Flug



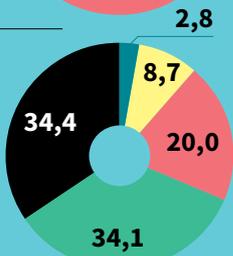
Bei der Arbeit fühle ich mich voller Energie



Am Ende des Arbeitstages fühle ich mich erschöpft



Ich zweifle an der Wichtigkeit meiner Arbeit



Befragung von 5.060 Beschäftigten im April 2024
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Starke Konzerne, starke Städte

Wirtschaftsleistung. In Deutschland erzielen nicht etwa die Millionenstädte das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, sondern zum Teil deutlich kleinere Wirtschaftszentren. Ihr Erfolg ist oft an die Performance einzelner Unternehmen gekoppelt – was Risiken birgt.

Schönheit liegt bekanntlich im Auge des Betrachters – dementsprechend lässt sich keine objektive Aussage darüber treffen, welche Stadt in Deutschland die ansehnlichste ist. Mit Fakten unterlegen lässt sich dagegen die wirtschaftliche Stärke. Als Maßstab dafür dient das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner. Der deutsche Spitzenreiter hierbei kommt aus Niedersachsen (Grafik):

Wolfsburg erreichte im Jahr 2022 – neuere Zahlen liegen nicht vor – mit einer Wirtschaftsleistung von fast 146.000 Euro pro Kopf den höchsten Wert aller deutschen Städte.

Das ist für die Stadt aber nur auf den ersten Blick ein Grund zur Freude. Denn in den vergangenen Jahren hat Wolfsburg als einzige Stadt der Spitzengruppe an Wirtschaftsleistung eingebüßt. Gegenüber 2019 – dem Jahr vor dem coronabedingten Einbruch – ging das BIP je Einwohner hier um nominal rund ein Viertel zurück.

Der Abschwung liegt vor allem daran, dass Wolfsburgs wirtschaftliche Situation als Sitz des Stamm-

werks von Volkswagen untrennbar mit dem Schicksal des Autobauers verbunden ist. Was in guten Zeiten in einer immensen Wirtschaftskraft resultiert, führt nun dazu, dass die Stadt die Umsatzprobleme des Unternehmens deutlich zu spüren bekommt.

Entsprechend ist auch der Vorsprung auf das zweitplatzierte Ingolstadt geschrumpft, das zwar seine Wirtschaftskraft in erster Linie der VW-Tochter Audi verdankt, aber nicht ganz so stark an den Konzern gekoppelt ist wie Wolfsburg. Zudem treffen die rückläufigen Geschäfte des Autobauers besonders die Kernmarke und damit die VW-Zentrale in Niedersachsen, die dadurch größere Auslastungsschwierigkeiten hat.

Den mit Abstand größten Sprung aller deutschen Städte macht Mainz auf Rang vier; die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt hat ihr BIP je Einwohner im Vergleich zu 2019 fast verdoppelt. Der Grund für den steilen Aufstieg ist das dort ansässige Pharmaunternehmen BioNTech, das während der Coronapandemie mit dem eigenen weltweit genutzten

Impfstoff für jede Menge Wertschöpfung sorgte.

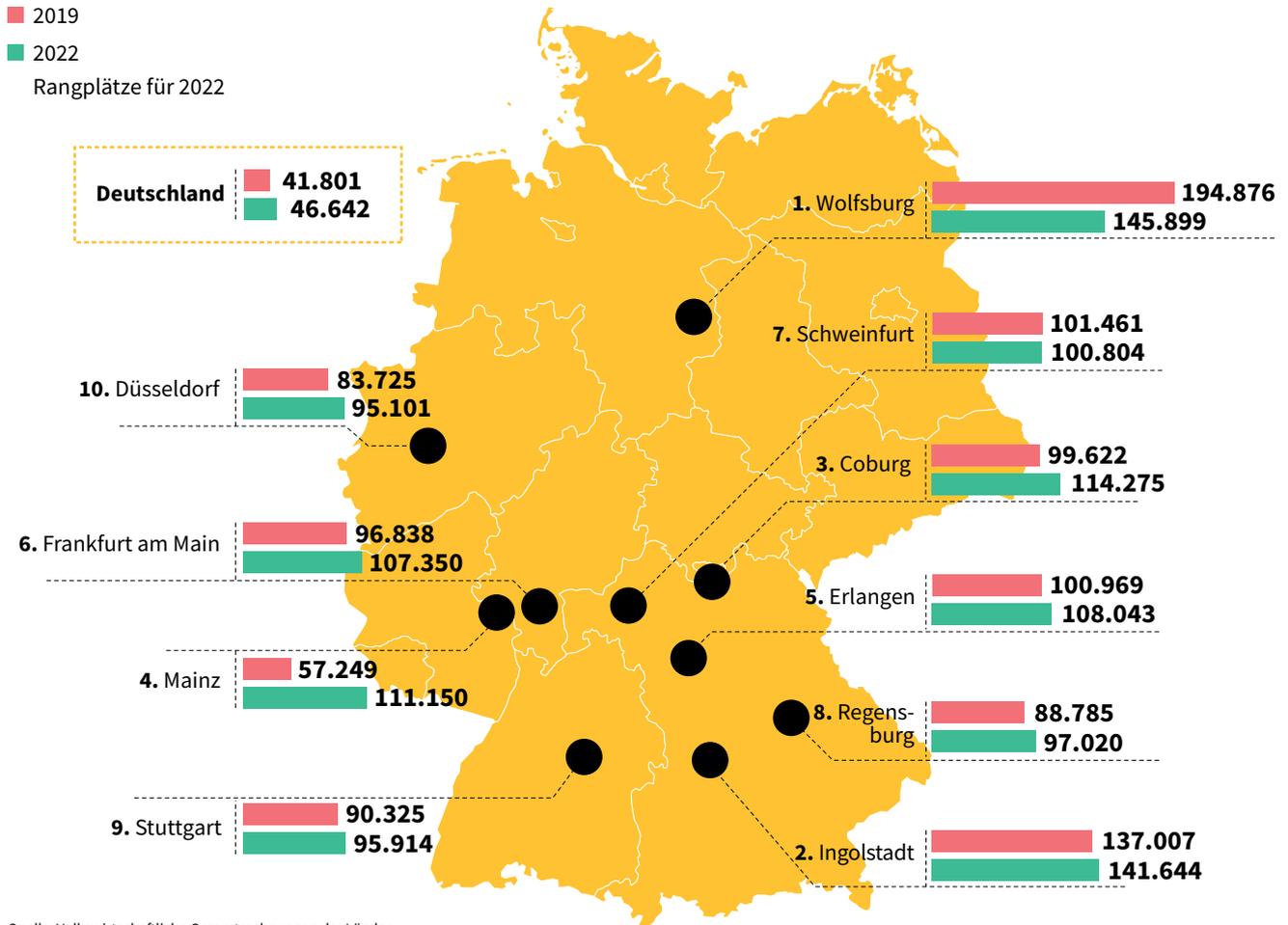
Dass die Städte in Deutschland oft von den Erfolgen einzelner Unternehmen profitieren, zieht sich wie ein roter Faden durch die Top Ten: Erlangen mit Siemens und dessen Medizintechniktochter Siemens Healthineers, Stuttgart mit Mercedes-Benz und Porsche, Coburg mit der HUK-Versicherungsgruppe.

Schweinfurt auf Rang sieben erzielt seine Wirtschaftsleistung hauptsächlich durch den Maschinenbau und die stark vertretene Autozuliefererbranche, Regensburg einen Platz dahinter ist ein wichtiger Sitz der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie und Nutznießer vieler Einpendler – also Arbeitnehmer, die nicht in der Stadt wohnen, aber dort arbeiten und die Wirtschaftsleistung nach oben treiben.

Die bayerische Landeshauptstadt München, Hauptsitz von BMW und Heimat einer technologiestarken und Start-up-freundlichen Wirtschaft, schrammt mit einem BIP je Einwohner von rund 93.000 Euro auf Platz elf nur knapp an den Top Ten vorbei. Wie gut der Großraum München

Wirtschaftskraft der Städte: Mainz prescht nach vorne

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2025 IW Medien / iwd

iwd

insgesamt wirtschaftlich aufgestellt ist, verdeutlicht eine andere Zahl:

Wenn er eine Stadt wäre, käme der Landkreis München mit einem BIP pro Kopf von rund 131.000 Euro im Ranking an dritter Stelle.

Kein anderer deutscher Landkreis erreicht nur annähernd einen ähnlich hohen Wert. Im Gegensatz zu den Speckgürteln anderer Großstädte, die meist überwiegend aus Wohngebieten bestehen, ist das Münchener Umland sehr wirtschaftsstarke.

Am unteren Ende des Rankings tummelt sich eine ganze Reihe von

Kommunen aus dem Ruhrgebiet, unter den zehn wirtschaftsschwächsten deutschen Städten finden sich mit Bottrop, Herne, Oberhausen und Hamm gleich vier aus der Metropolregion. Das deutschlandweite Schlusslicht liegt allerdings im Norden: Delmenhorst, das in erster Linie ein Wohnvorort von Bremen ist, kommt gerade mal auf ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von rund 26.000 Euro.

Und Berlin? Wer die deutsche Hauptstadt sucht, wird in der Mitte des Rankings fündig. Im Gegensatz

zu vielen anderen Ländern, in denen die Hauptstadt einen großen positiven Effekt auf das allgemeine Bruttoinlandsprodukt hat, ist Berlin nicht besonders wirtschaftsstarke und liegt mit einem BIP von rund 49.200 Euro je Einwohner nur knapp über dem Bundesdurchschnitt. Aber die größte deutsche Metropole holt auf: Während das bundesweite BIP pro Kopf von 2019 bis 2022 nominal um gut 11 Prozent wuchs, legte es in Berlin trotz der Dämpfer im Start-up-Markt während der Coronapandemie um 14 Prozent zu.

Tempo gefragt

Verteidigung. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat die sicherheitspolitische Lage für Deutschland verändert. Die Bundesrepublik muss ihre Verteidigungsfähigkeit deutlich verbessern. Mit Geld allein ist es dabei nicht getan.

Mehr Verantwortung, mehr Geld: Die USA wollen schon seit Langem, dass Deutschland und Europa stärker in die eigene Sicherheit investieren. Unter US-Präsident Donald Trump ist aus den Bitten eine klare Forderung mit realen Konsequenzen geworden. Die NATO-Staaten diskutieren daher derzeit, ob sie die jährlichen Ausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 3 bis 3,5 Prozent im Jahr 2028 anheben sollen.

Deutschland hat bereits die finanziellen Weichen für höhere Investitionen in die Verteidigung gestellt. Noch der alte Bundestag beschloss im März 2025, Ausgaben für die Bundeswehr und die äußere Sicherheit oberhalb von 1 Prozent des BIP mit Krediten zu stemmen und von der Schuldenbremse auszunehmen. Dadurch ließe sich die mögliche neue NATO-Vorgabe rechtzeitig erreichen (Grafik):

Mit prognostizierten Krediten von 264 Milliarden Euro zusätzlich zum Sondervermögen würde Deutschland im Jahr 2028 das diskutierte Ausgabenziel von 3,5 Prozent des BIP für die Verteidigung und äußere Sicherheit erreichen.

Das Vorgehen der deutschen Politik birgt allerdings Risiken. Zum

einen wirkt sich die Finanzierung auf Pump auf künftige Zinsbelastungen für den Bundeshaushalt aus. Zum anderen verleitet es dazu, die Mittel für Verteidigung im laufenden Haushalt eher zurückzuschrauben, um Geld für andere Projekte zu haben. Da die laufenden Verteidigungsausgaben mittel- bis langfristig eigentlich aus dem Kernhaushalt finanziert werden sollten, würde so bei nominal steigendem BIP eine große Finanzierungslücke klaffen.

Neben der Finanzierung hat die Politik ein weiteres Problem: die Zeit. Die Beschaffung von Waffen und Material dauert zu lange, eine wirkungsvolle Reform des Planungswesens bei der Bundeswehr steht noch aus. Eine schnelle Digitalisierung und der Abbau von Mehrfachzuständigkeiten sind daher unerlässlich. Aber auch fehlende industrielle Kapazitäten spielen eine Rolle.

Um die Probleme zu lösen, bieten sich mehrere Maßnahmen an:

Da die Ausgaben in der Regel erst bei Auslieferung der Rüstungsgüter haushaltswirksam werden, können die kurzfristigen Budgetsteigerungen genutzt werden, um bestehende Rahmenverträge auszuschöpfen und schnell verfügbare Güter zu beschaffen.

Ebenso sollte die Bundesregierung darauf hinarbeiten, dass Unternehmen ihre Produktion hochfahren oder ausweiten, sowie Güter mit langer Bau- und Lieferzeit zügig bestellen, denn Hightech-Systeme wie Satelliten und elektronische Kampfführung benötigen etwa zehn Jahre Entwicklungszeit. Dabei ist es ratsam, nicht immer die „Goldrandlösung“ mit einem kaum zu erfüllenden Leistungskatalog anzustreben, die in der Regel später als geplant fertig und oftmals teurer wird als zunächst veranschlagt.

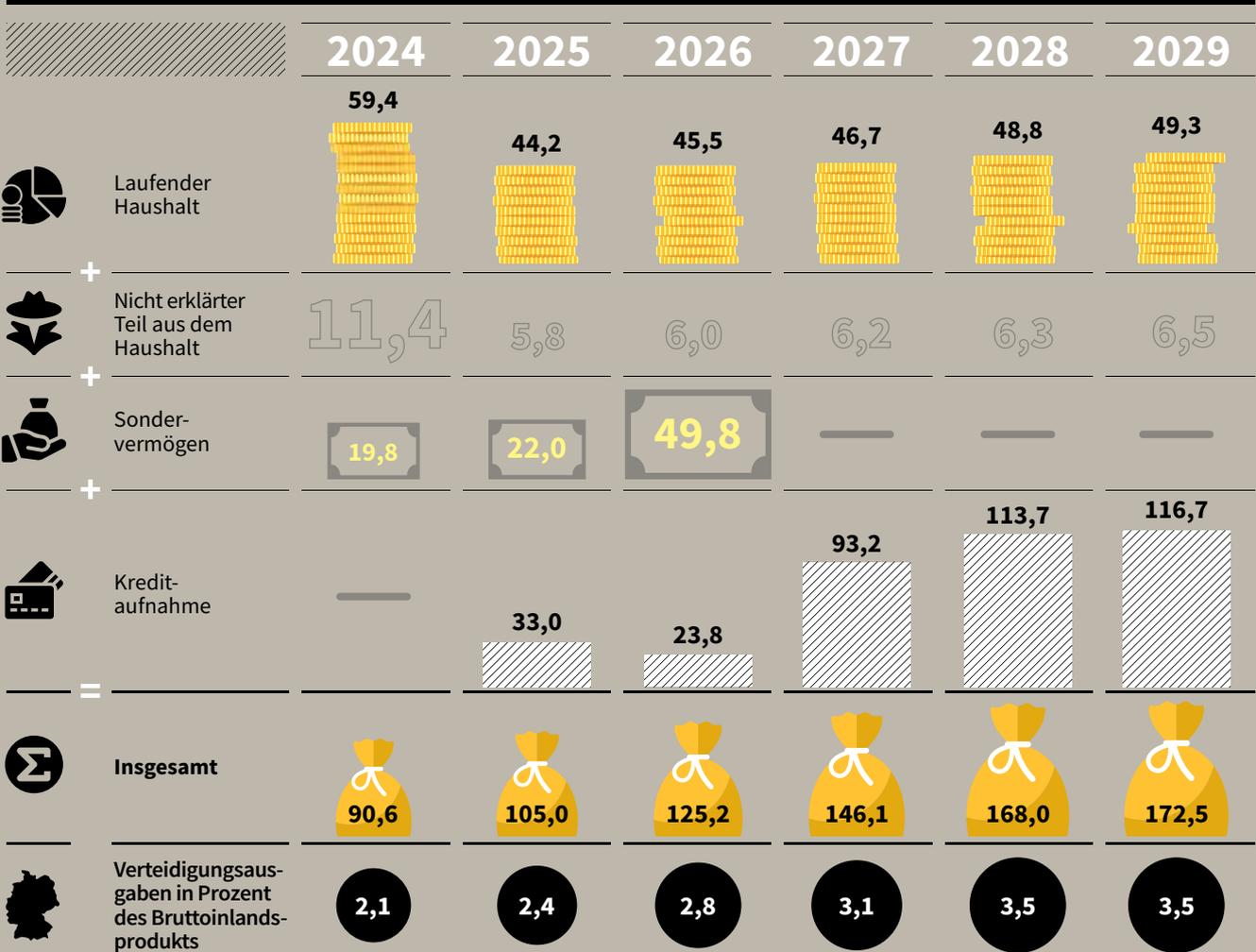
Mittelfristig ist es zudem wichtig, sich besser mit den europäischen Partnern abzustimmen und dadurch Hürden für die gemeinsame Bestellung, Produktion und Lieferung von Waffen und Ausrüstung abzubauen.

Neben der materiellen Aufrüstung muss Deutschland auch sein Personalproblem in der Bundeswehr lösen. Ende 2024 zählte die Truppe 181.000 Soldaten – davon nur 61.000 in der Kampftruppe des Heeres – und rund 80.000 zivile Mitarbeiter. Angesichts der für die NATO zugesagten neuen Brigaden braucht die Bundesrepublik bereits nach alter Planung deutlich mehr Personal.

Die von Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte

Deutlich mehr Geld für Verteidigung

Finanzierung der deutschen Verteidigungsausgaben in Milliarden Euro



Sondervermögen von 100 Milliarden Euro laut Plan bis Ende 2026 aufgebraucht

Ab 2025: geschätzt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Einführung einer freiwilligen Wehrpflicht ist ein erster Schritt zu einer größeren Truppe. Ein stärkeres Werben um neue Rekruten und das Öffnen für Ausländer, die bereits längere Zeit in Deutschland leben, wären weitere.

All das muss ebenfalls unter Zeitdruck geschehen, da sich die USA immer mehr auf den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konflikt mit China und damit auf den pazifischen Raum konzentrieren. Größere Truppenabzüge und weniger Unter-

stützung für Europa sind durchaus wahrscheinlich.

IW-Policy Paper 7/2025

Klaus-Heiner Röhl, Hubertus Bardt: Mehr Verteidigung mit weniger USA?

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

**Gut
4 Prozent**



der Bundesbürger im Alter zwischen 16 und 74 Jahren waren laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2024 sogenannte Offliner – hatten also noch nie das Internet genutzt. Das entsprach knapp 2,8 Millionen Menschen in Deutschland. Für sie dürfte es zunehmend schwieriger werden, einen Teil des Alltags zu bewältigen – werden Dienstleistungen wie Überweisungen, Terminvereinbarungen oder Ticketbuchungen doch immer häufiger nur noch online angeboten. Am höchsten war der Anteil der Offliner im vergangenen Jahr bei den 65- bis 74-Jährigen mit 12 Prozent. Doch auch unter den 16- bis 44-Jährigen hatten 2 Prozent noch keinerlei Erfahrungen mit dem World Wide Web.

In den anderen EU-Ländern war die Gruppe der Offliner 2024 zum Teil noch deutlich größer: In Kroatien gaben 14 Prozent der 16- bis 74-Jährigen an, bislang nie online gewesen zu sein, in Griechenland galt dies für 11 Prozent und in Polen für 9 Prozent. In den Niederlanden und Schweden lag der Anteil der Nicht-Internetnutzer dagegen zuletzt unter 1 Prozent. Insgesamt waren in der EU noch 5 Prozent aller Menschen zwischen 16 und 74 Jahren offline.

Top-Liste: Von Mindest- und Medianlöhnen

Zwischen 551 Euro und 2.638 Euro liegen ungefähr 2.000 Kilometer: So groß ist die Entfernung zwischen Bulgarien, dem Land mit dem EU-weit niedrigsten monatlichen Mindestlohn, und Luxemburg, wo dieser am höchsten ist. Die große Spanne hat in erster Linie mit den unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern zu tun. Ein Weg, um die Höhe eines Mindestlohns besser einordnen zu können, ist ein Vergleich mit dem Medianlohn – also dem mittleren aller der Größe nach gereihten Löhne. In Frankreich, Portugal und Slowenien ist diese Relation am höchsten: Der aktuelle Mindestlohn beträgt dort jeweils 66 Prozent der im Jahr 2022 gezahlten Medianlöhne.

Mindestlöhne in der EU: Große Spannweite

So hoch war der monatliche Mindestlohn in diesen EU-Ländern im Januar 2025 in Euro

Luxemburg	2.638
Irland	2.282
Niederlande	2.193
Deutschland	2.161
Belgien	2.070
Frankreich	1.802
Spanien	1.381
Slowenien	1.278
Polen	1.091
Litauen	1.038
...	
Lettland	740
Ungarn	707
Bulgarien	551

EU-Länder ohne Mindestlohn: Dänemark, Finnland, Italien, Österreich und Schweden

Quelle: Eurostat
© 2025 IW Medien / iwd